

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.  
Herausg. Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1584  
Carlstraße Riesa Nr. 52

Nr. 129.

Dienstag, 5. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschl. Frangierlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die Bewilligung der Abgabe, wenn der Betrag versät, durch Abgabe in Kontrakt genügt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung: Die Abgabe der Zeitung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Am Mittwoch, den 6. Juni 1923, vormittags 7-1/2 Uhr wird im Gemeindeamt, Zimmer 14, die Sozialrentenunterstützung für den Monat Juni ausbezahlt.  
Der Gemeindevorstand.

## Zwischen Furcht und Hoffnung.

Während Wirtschaft und Währung in tolen Sprüngen den Reparationskabinett hinabrollen, werden in denjenigen europäischen Kabinetten, in denen man noch aktive Politik zu treiben glaubt, eifrig neue Fäden nach den verschiedensten Seiten gesponnen. In London hält man trotz des Regierungsverfalls in den Grundfragen immer noch an dem bekannten Bonar Law'schen Plane zur Sanierung der europäischen Finanzen fest. Wenn man sich natürlich auch nicht der Erkenntnis verschließt, daß vier Monate Rubrikation, Monate der Vermittlung eines zentralen Wirtschaftskongresses, wie sie die Geschichte kaum erlebt hat, nicht spurlos an der deutschen Leistungsfähigkeit vorübergegangen sind, so ist man andererseits immer noch der Überzeugung, daß dem angeblichen französischen und belgischen „Rechte“ Zugeständnisse gemacht werden müssen, die alles Leistungsmögliche von vornherein weit übersteigen. Den am Mittwoch beginnenden Brüsseler Besprechungen zwischen Bonar Law und den belgischen Ministern wird der englische Ministerpräsident fernbleiben. Man hält es in London augenblicklich politisch für angebracht, zunächst einmal durch Belgien allein eine gewisse Wägung der französischen Forderungen anzustellen. Grundlage der Brüsseler Konferenz bildet die aus dem Quai d'Orsay zum Studium eingelegene Denkschrift, die einmal ein Ausbeutungsprogramm für das Ruhrgebiet enthält und außerdem im Hinblick auf das neue deutsche Angebot Unterlagen für die Besprechung der allgemeinen Reparationsfrage schaffen will. Hinter dem Gesamtkomplex der zu erörternden Fragen schwebt außerdem ein in den Einzelheiten noch nicht bekannter Plan Englands, die Kontributionsfrage in eine Verbindung mit der Abtragung der interalliierten Schulden zu bringen, anscheinend auf dem Wege eines Schuldenerlasses an Frankreich und Italien. Damit würde sich wieder jener Kreis des Verhängnisses schließen, der Amerika jedes Entgegenkommen in europäischen Schuldensdingen unmöglich macht, solange Frankreich Mißgunst in seinen militär-imperialistischen Unternehmungen anlegt. Im allgemeinen scheint die öffentliche Meinung Englands dem neuen Ministerpräsidenten mehr Aktivität zuzutrauen als seinem Vorgänger.

Wenn dieses Gemälde diplomatischer Fäden einigermaßen zutreffend ist, dürfte Baldwin selbst die unmittelbare Fühlung mit Bonar Law ausnehmen. Die Posten verschiedener Londoner Zeitungen, daß in Frankreich inzwischen eine stärkere Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, eines Ernüchterung in der Ruhrfrage Platz greifen wird, findet selber in irgendwelchen Tatsachen und noch weniger in den bisher gemachten Erfahrungen wenig Untergrund. Inzwischen schreitet in Berlin die technische Vorbereitung des neuen Angebotes in ständiger Fühlungnahme der Regierung mit Wirtschaftsexperten und Gewerkschaften fort. Die verschiedenen, in der Reichshauptstadt auftretenden Gerüchte über Einzelheiten des neuen Angebotes zu kommentieren, dürfte verfrüht sein. Außerdem unangebracht ist es, selbst die gegenwärtige unter stärkstem Außenwandel stehende Lage, zur Vorbereitung wirtschaftlicher und politischer Parteidiskussionen zu benutzen, wie es leider immer wieder geschieht. Da nun einmal die Bereitwilligkeit zu neuem Entgegenkommen ausgesprochen ist, darf Form und Inhalt des Angebotes lediglich von sachlichen außenpolitisch zweckmäßigen Beweggründen bestimmt werden. Daß schwere Opfer materieller Art nötig sind, wenn man einmal die Politik der Angebote betreibt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich sollte aber das Opfer liebgeordneter für die Agitation im Lande vielleicht zweckmäßiger Schlagworte sein.

## Die deutsche Antwort fertiggestellt.

Überreichung am Donnerstag.

Der Reichskanzler gab gestern nachmittags den Führern der sozialdemokratischen Partei, der Arbeitergemeinschaft und der deutschen Nationalen Volkspartei Kenntnis von dem Inhalt der neuen deutschen Reparationsnote. Die Übermittlung der Ansichten der Parteiführer mit denen der Reichsregierung konnte festgestellt werden. Heute werden sich Sonderkuriere von Berlin nach London, Paris, Rom und Brüssel begeben, um den dortigen deutschen diplomatischen Vertretern den Text der deutschen Denkschrift zu übergeben, die den alliierten Regierungen dann am Donnerstag überreicht werden soll.

In der gestrigen Vertreterversammlung des Reichsbundes, die sich mit der Garantiefrage beschäftigte, kam folgende Auffassung der Landwirtschaft zum Ausdruck: Wenn durch die Vergabe des landwirtschaftlichen Vermögens Deutschland von seinen Fesseln befreit werden könnte, würde die Landwirtschaft bereit sein, dementsprechend zu handeln. Da aber diese Auffassung in landwirtschaftlichen Kreisen nicht besteht, im Gegenteil die Gefahr vorhanden ist, daß die Anechtung Deutschlands noch weiter fortgesetzt werden soll, so ist die Opferbereitschaft Deutschlands damit begrenzt. Die deutsche Landwirtschaft muß daher in der Lage sein, die Ernährung des deutschen Volkes in der kommenden Zeit sicherzustellen. Eine dahingehende Denkschrift soll der Reichsregierung überreicht werden.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund erklärt zu der Blättermeldung, daß zwischen dem Gewerkschaftsführer und Persönlichkeiten, die dem Reichsverband der deutschen Industrie angehören, Verhandlungen zur Beilegung der Gegenstände stattfinden, die infolge des Angebotes der deutschen Industrie eingetreten sind, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften an solchen Verhandlungen nicht teilzunehmen haben und daß der Allgemeine deutsche Ge-

werkschaftsbund keine Kenntnis von derartigen Verhandlungen habe.

Die Meldung des „Manchester Guardian“, wonach auf Anregung einer verlässlichen englischen Quelle die deutsche Antwort von allen Einzelheiten absehen und nur eine Konferenz erbitten soll, ist unrichtig.

## Der Inhalt der Antwortnote.

Die Verhandlungen über die Antwort der Reichsregierung an die Verbündeten können als abgeschlossen gelten. Im 1. Abschnitt sollen die Leistungen der deutschen Wirtschaft für eine Reihe von Jahren genau festgelegt werden. Der 2. Abschnitt erörtert die Frage der Annuitäten und die Zahlungen, die Deutschland aufzubringen bereit ist. Die Regierung dürfte sich nicht in der Lage sehen, eine feste Summe zu nennen. Der 3. Abschnitt befaßt sich mit dem internationalen Schiedsgericht, das über Deutschlands Zahlungsverhältnisse eine endgültige Entscheidung treffen soll. Eine Selbstverständlichkeit ist, daß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied bei diesem Ausschuss vertreten sein muß.

## Vor den Brüsseler Besprechungen.

Der „Times“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehenden Brüsseler Besprechungen, Frankreich habe stets das Bestreben und die Entwicklung der interalliierten Solidarität gewünscht. Man hätte gern gesehen, daß die Besetzung des Ruhrgebietes von sämtlichen Alliierten zusammen vorgenommen worden wäre; man möchte endlich, daß alle zusammen das nächste Mal Deutschland Antwort erteilen. Die getrennte Aktion Frankreichs sei nicht von einer besonderen Vorliebe für sie eingegeben, sie sei vielmehr durch die Notwendigkeit von außen aufgezwungen worden. Wenn es sich um die Beurteilung der demnächstigen deutschen Vorschläge handele, so werde die Frage auftreten, an welche ausgesprochenen praktischen Kriterien man sich zu halten habe. Die französische und die belgische Regierung hätten diese Frage schon beantwortet. Man werde zusehen, ob Deutschland auf seinen passiven Widerstand verzichte oder nicht. Verzichte es, so sei es natürlich, daß die Alliierten dies zur Kenntnis nehmen, und damit habe man einen Ausgangspunkt zu einer gemeinsamen Antwort. Verzichte Deutschland nicht oder vermeide es, davon zu sprechen, so werde es darauf ankommen, daß alle Alliierten einig seien, um zur Einstellung dieses Widerstandes aufzufordern. Auch in dem weniger günstigen Falle werde man Gelegenheit zu einer gemeinsamen Antwort haben.

## Die französisch-britischen Beziehungen.

Der englische Premierminister Stanley Baldwin hat einem Vertreter des „Petit Parisien“ hinsichtlich der französisch-britischen Beziehungen eine Erklärung abgegeben, die wie folgt lautet: Sie werden leicht verstehen, daß ich nicht in der Lage bin, schon heute zu sagen, welche Lösung man nach meiner Ansicht für die Probleme finden kann, über die sich Frankreich und England verständigen müssen. Ich hoffe demnächst Gelegenheit zu finden, mich darüber mit meinem französischen Kollegen zu unterhalten. Inzwischen möge die Aufmerksamkeit auf zwei Punkte gelenkt werden. Ich habe das vertrauensvolle Gefühl, daß, so schwierig auch das Reparationsproblem oder irgend eines der Probleme, die mit der Ruhrbesetzung verbunden sind, sein möge, es doch keines gibt, für das England und Frankreich nicht einen Anknüpfungspunkt finden könnten, um in eine Verhandlung darüber einzutreten. Ich möchte, daß das französische Publikum wisse, daß wir in England die Bedeutung des Problems der Sicherheiten für Frankreich und Belgien verstehen, und daß wir den lebhaftesten Wunsch haben, beihilft zu sein, um eine Regelung anzubahnen, die für die Zukunft die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens verbürgt. Persönlich bin ich zu glauben geneigt, daß, wenn man einen klaren Begriff von den Schwierigkeiten und den Willen hat, sie zu lösen, die Regelung nur weniger Probleme unmöglich ist. Ich habe das Glück gehabt, im letzten Winter die delikate Frage der englisch-amerikanischen Schulden zu regeln. Unter der Voraussetzung, daß auch im gleichen Geiste die schwedische Frage der Schulden Europas angeht, würde, ist nicht einzusehen, warum wir nicht dazu kommen sollten, auch sie zu regeln. Auf alle Fälle können Sie damit rechnen, daß ich mit fester Entschlossenheit arbeiten werde. Vielleicht werden wir anfänglich einen Mißerfolg erleben, aber ich habe die Gewißheit, daß schließlich der Erfolg unsere Bemühungen krönen wird.

Der Außenminister des „Petit Parisien“, dem die Erklärung des englischen Premierministers Stanley Baldwin über die französisch-britischen Beziehungen abgegeben wurde, sieht sich veranlaßt, in seinem Artikel die Sicherheiten zu bezeichnen, von denen Stanley Baldwin spricht. Die bringendsten seien die, die sich aus der Reparationsfrage ergeben. Es handele sich darum, zu wissen, ob Frankreich und England weniger über die Gesamtheit der deutschen Schuld, als über die Möglichkeit, diese Schuld unter Berücksichtigung der alliierten Schulden zu bezahlen, sich einigen könnten. Es handele sich darum, ob England erkläre, daß es die Grundförmel annehme, an die Frankreich und Belgien durch die Ruhrbesetzung unwillkürlich gebunden seien, namentlich, ob wenigstens für eine gewisse Frist die Ruhrbesetzung und zwar bis zu dem Zahlungstermin aufrecht erhalten werden könne, und ob von Deutschland die Bedingung des passiven Widerstandes verlangt werden könne, bevor die Verhandlungen aufgenommen würden. Die öffentliche Meinung in Frankreich aber beschäufliche sich ebenso mit dem Problem der Sicherheiten. Stanley Baldwin werde nicht überrascht sein, zu hören, daß die Mehrheit sich nicht mit einem Paß allgemeinen Charakters begnügen würde,

sondern, daß sie auf dem linken Rheinufer lokale Garantien fordere, dazu bestimmt, in der Zukunft diejenigen Bürgerkassen zu ersetzen, die augenblicklich die alliierten Besatzungstruppen und die Rheinlandskommission in Koblenz bilden.

## Unerhörter französischer Eingriff in deutsches Wirtschaftsgut. Erneute Massenarbeitslosigkeit.

Aus Schwabau (Mosel) wird ein besonders krasser Mauth der Franzosen gemeldet: Die um die Österzeit aus den dortigen Dienstwohnungen verdrängten Eisenbahner hatten mit ihrem Hausrat im Ort in Notwohnungen Unterkunft gefunden. Am 24. Mai verlangte der französische Ortskommandant von Schwabau die Ausrückung der geräumten Eisenbahnerwohnungen mit Möbeln für die dortselbst eingeleiteten Regierungsbeamten. Der Bürgermeister-Stellvertreter, der zunächst ablehnte, wurde in Haft genommen, gab aber nach vierstündiger Haft dem Ortskommandanten die Wohnungen der Eisenbahner an. Darauf wurden die Eisenbahner unter Mitwirkung von Zivilisten gewaltsam aus ihren Wohnungen vertrieben und mit Ausgewiesenen abgehoben. Dann erschien eine französische Fuhrpark-Kolonne und holte den Hausrat aus den Wohnungen, wobei ihn aber nicht in die Dienstwohnungen in Schwabau, sondern in der Richtung nach Trier ab. Der Verbleib des Hausrats ist seitdem unbekannt. Augenzeugen versichern, der Hausrat sei beim Verladen rückwärtslos behandelt worden, sodaß kaum ein Stück unbeschädigt geblieben ist. Der Bürgermeister-Stellvertreter, der den Franzosen beim Häuten beihilft war, heißt Peter Mohr; er wurde von dem Gemeindevorsteher Johann März unterstellt.

Im Bezirk Ludwigshafen wurden am 4. Juni zwei ledige und 16 verheiratete Eisenbahnbedienstete mit Frauen und 14 Kindern unter Verfolgung der Wohnungseinrichtungen ausgewiesen.

Am Sonntag nachmittags traf ein weiterer Transport ausgewiesener Eisenbahner mit Familien aus Lohr und Umgebung in Köln ein. Diese waren nachts um 2 Uhr aufgefordert worden, sich sofort zur Abreise ins unbesetzte Gebiet fertig zu machen, da sie ausgewiesen seien. Unmittelbar darauf mußten sie auch schon abreisen. Nach Empfang und Bewirtung wurde der Transport nach Dagen weitergeleitet. Abends traf dann mit einem Dampfer ein weiterer Transport ausgewiesener Eisenbahnerfamilien aus Stadthill, Finklerath und Schüller ein, darunter 59 Kinder bis zu 10 Jahren und 67 unter 4 Jahren. Nach den Mitteilungen der Vertriebenen waren die genannten Orte militärisch umstellt, alle Eisenbahner rückwärtslos ausgewiesen und dadurch 350 Menschen von Haus und Hof vertrieben worden. Alle Habe mußte zurückgelassen werden. Eine auf dem Dampfer von dem begleitenden Warrer veranfaßte Sammlung erbrachte rund eine halbe Million Mark. Nachdem auch dieser Transport in Köln empfangen und bewirtet worden war, erfolgte die Weiterfahrt nach Damburg. Ein am Zuge zufällig anwesender Schwabe, der, wie die Kölnische Zeitung meldet, seiner Empörung über die rohen Ausweisungen unerschütterlich deutscher Ausdrucks gab, listete für die Fürsorge der Ausgewiesenen einen namhaften Geldbetrag.

## Scharfe Worte gegen den Ruhrkampf.

Der schwedische Reichsverband des Mittelstandes (Medelländens Riksförbund) hat an den deutschen Botschaftern in Stockholm ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Mit blutendem Herzen folgen wir dem mutigen Gritens-kampf unserer unglücklichen Standesgenossen in Zw. Erzeßens so grausam behandelten Vaterlande und, soweit es unsere schwachen Kräfte nur gestatten, werden wir alles aufbieten, um auch unter Schweren zur Verringerung der zum Himmel schreienden Not lautend beitragen zu können. Der ganzen Menschheit gerichtet es zur unaußersichtlichen Schande, die es unberührt mit anseht, wie ein auf dem Schlachtfelde unbefestigtes und nur durch Hunger, Kälte und Verrat zur Niederlegung der Waffen verleitetes, überaus hochbedeutendes Kulturvolk kahlst, gelundbeitlich und ökonomisch zu Grunde gerichtet wird.“

## Schwedische Proteststimmen zur Saarfrage.

Zu der französischen Stellungnahme wegen der englischen Initiative in der Saarfrage schreibt „Evenska Dagbladet“: Auch diesmal würde es England für das Beste halten, sich der bestimmten Haltung in Paris zu beugen. Aber dies könne nicht ohne wirklichen Prestigeverlust geschehen. Wenn die europäische Meinung durch die Nachgiebigkeit gegenüber den französischen Truppen beiseite geschoben werde, so käme der dominierende französische Einfluß im Völkerbund so offenbar zum Ausdruck, daß er nur weiterhin gestärkt werden würde. Frankreich scheine des Nachgebens von Seiten Englands so sicher zu sein, daß der Erfolg bereits in den Pariser Mitteilungen diskontiert werde. Ein englischer Rückzug würde die französische Hegemonie nur noch unterstreichen. Auf der am 25. Juni tagenden Vorkonferenz würde der entscheidende Kampf zwischen dem französischen und englischen Einfluß ausgetragen werden.

„Allchanda“ schreibt zu Saarfrage und Völkerbund, wenn England augenblicklich so mächtig sei, daß es seinen Willen sogar dem widerpenitigen Sowjetrussland diktieren könne, dann könnte es wirklich auch für ein antändiges Regime an der Saar sorgen. Aber das wolle es ebenso wenig, wie es gegen die Ruhrbesetzung oder gegen die alles Rechtsgefühl fränkenden Urteile der französischen Gerichte einschreiten wolle. Mit Frankreichs Hilfe sei Eng-